

Hohenstein-Crustthaler Anzeiger

Tageblatt

für Hohenstein-Crustthal, Oberlungwitz, Gersdorf,

Zugau, Wüstenbrand, Ursprung, Mittelbach, Hermisdorf, Bernsdorf, Langenberg, Falken, Meinsdorf u. s. w.

Dieses Blatt erscheint mit Ausnahme der Sonn- und Festtage täglich Nachmittags. — Zu beziehen durch die Expedition und deren Austräger, sowie alle Postanstalten.
Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 1 Mt. 25 Pfg. incl. der illustrierten Sonntagsbeilage.

Redaction und Expedition:
Bahnhofstraße 3 (nahe dem k. Amtsgericht).
Telegramm-Adresse:
Anzeiger Hohenstein-Crustthal.

Insertionsgebühren: die fünfgespaltene Corpuzzeile oder deren Raum für den Verbreitungsbezirk 10 Pfg., für auswärts 12 Pfg., Reclame 25 Pfg. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt.
Annahme der Inserate für die folgende Nummer bis Vorm. 10 Uhr. Größere Anzeigen Abends vorher erbeten.

Nr. 27.

Freitag, den 1. Februar 1901.

28. Jahrgang.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Berlin, 30. Januar. Reichstag. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge auf Herbeiführung einer Wohnungsreform. Die Debatte war bereits am vorigen Mittwoch geschlossen, es erhalten heute noch die Antragsteller das übliche Schlusswort. — Abg. Müller (natl.): Wir wünschen eine dauernde Reichs-Wohnungskommission. Es ist ganz gut, wenn wir dem Reichsamt des Innern eine gewisse Direktive geben. Man könnte vielleicht einen Beirath einsetzen für Wohnungsfragen nach dem Muster des Colonialbeirathes; vielleicht könnte man die Kommission auch an die arbeiterstatistische Reichskommission angliedern und dieser damit neue Arbeiten zuweisen. Wenn hier private Vereinigungen, Kommunen, Einzelstaaten und Reich zusammentreten, so können wir praktisch doch einen großen Schritt vorwärts kommen, und lediglich einen solchen praktischen Schritt verfolgt unser Antrag, den ich Sie daher anzunehmen bitte. — Abg. Dreßbach (Soc.): Die vom Staatssekretär abgegebene Erklärung bedeutet nichts weiter als: Wasch mir den Buckel, aber mach' ihn nicht naß. Die Mißstände werden anerkannt, aber von Reichswegen soll nicht eingeschritten werden. Die Verwaltung der einzelnen Staaten helfe uns so wenig, als die Volksvertretungen in den Einzelstaaten lediglich Vertretungen bestimmter Klasseninteressen seien. Auch von den Kommunen, den Gemeindevertretungen sei nichts zu hoffen, denn diese seien erst recht kapitalistische Interessenvertretungen. Praktisch sei nur der sozialdemokratische Antrag. Auf dem Lande sei es ebenso schlimm wie in den Industriestädten; die Landarbeiter wohnten miserabel. Wenn Genossenschaften zu Wohnungsbauten kommunale Gelder zur Verfügung gestellt würden, so müßte in das Grundbuch die Einschränkung bedingung eingetragen werden, daß solche Häuser nur vermietet, aber nicht verkauft werden dürften; denn als Hausbesitzer seien die Arbeiter erfahrungsgemäß ebenso schlimme Hausagrarier wie jeder Andere. — Bei der Abstimmung wird der national-liberale Antrag Hieber und Genossen, für den Centrum, Nationalliberale und Socialdemokraten stimmen, nachdem zuvor der Antrag der Socialdemokraten abgelehnt worden ist, angenommen. — Auf der Tagesordnung steht ferner der Antrag Bachmann (freis. Bp.), der in Form einer Novelle zur Gewerbeordnung die Theaterzensur abschaffen will. Es dürfe künftig weder für die einzelnen Theatervorstellungen, noch für einzelne Singpiele, Gesangs- und deklamatorische Vorträge und Schaustellungen von Personen eine vorgängige Erlaubnis erforderlich sein. Das müsse auch für die nicht gewerbsmäßigen Veranstaltungen gelten.

Am Schlusse der vorgestrigen Reichstagsitzung folgte eine Reihe „persönlicher“ Bemerkungen, über die noch Folgendes zu berichten ist: Abg. Fürst Bismarck (wiltkon.): Ich möchte der Rede des Abg. Fischbeck einige Bemerkungen zu Theil werden lassen. Erstens hat derselbe einige von mir gebrachte Zahlen bemängelt; dieselben sind aber durch den Abg. Dr. Dertel bestätigt worden. (Zuruf links: Nicht persönlich!) — Präsident Graf Ballestrem: Herr Abg. Fürst Bismarck, das war keine persönliche Bemerkung. — Außerdem hat Abg. Fischbeck versucht, mit persönlichen Anzuspinnungen gegen mich vorzugehen. Ich habe keine Ursache, auf seine persönliche Meinung Gewicht zu legen und verzichte darauf, mir die Tonart anzueignen, die er angeschlagen hat. Vielleicht lernt er bessere Formen, wenn er erst länger Mitglied des Hauses ist. (Unruhe links.) — Präsident Graf Ballestrem: Das war auch keine persönliche Bemerkung! Beschränken Sie sich bitte immer auf Richtigstellungen dessen, was Sie gesagt haben, sonst bin ich in der traurigen Lage, Sie immer

unterbrechen zu müssen! (Heiterkeit.) — Abg. Dr. Dertel (kons., persönlich): Herr Bebel hat die Freundlichkeit gehabt zu sagen, daß ich den Humor des Hauses zu wecken pflegte, wenn ich mich erhöbe (Heiterkeit), er selbst pflegt den Humor des Hauses erst zu wecken, wenn er sich setzt. (Erneute Heiterkeit.) — Präsident Graf Ballestrem: Das war auch keine persönliche Bemerkung. (Heiterkeit.) — Abg. Gerstenberger (Centr., persönlich) will auf den im Laufe der Debatte erwähnten Wildschweinbestand im Speßart eingehen. — Präsident Graf Ballestrem: Sie dürfen keine persönlichen Bemerkungen im Namen der Wildschweine des Speßarts machen. (Große Heiterkeit.)

— In drei Armeen ist der Kaiser jetzt Feldmarschall: im deutschen, österreich-ungarischen und im englischen Heere. Ferner ist der Kaiser Großadmiral der deutschen Flotte, Königlich großbritannischer Ehrenadmiral der Flotte, Königlich schwedischer Flaggadmiral, Königlich norwegischer und Königlich dänischer Ehrenadmiral und Admiral der Kaiserlich russischen Flotte. Außerdem steht er noch zum portugiesischen Heere in Beziehung als Ehrenoberst des 4. portugiesischen Reiterregiments.

— In Berlin tagt zur Zeit der preussische Städtetag, dessen Verhandlungen über das Verhältnis der Gemeinden zu den Straßenbahn-Gesellschaften allgemeines Interesse haben. Es hat sich gezeigt, daß die Gemeinden gut thun, Unternehmungen, die sich überhaupt für den städtischen Betrieb eignen, möglichst gleich selbst in Angriff zu nehmen. Sonst läuft nicht bloß das Interesse der Kommune Gefahr, sondern auch das allgemeine Interesse nimmt Schaden. Wenn gegen die Kommunalisierung der Verkehrsbetriebe geltend gemacht worden ist, daß die Gemeinden zum Betrieb von Straßenbahnen weniger geeignet erscheinen als Privatunternehmer und solche Versuche mit finanziellen Opfern büßen müssen, so sind das Behauptungen, die durch die Thatsachen längst widerlegt sind, und über die man deshalb zur Tagesordnung übergehen kann. Auch die Vertreter der hervorragenden städtischen Gemeinwesen Preußens sprachen sich auf dem Städtetag zu Gunsten der Uebernahme der Straßenbahnen in kommunalen Betrieb aus. Obermeister Hofkes (Frankfurt a. M.) erachtet es für notwendig, in den Leitsätzen auszusprechen: Der preussische Städtetag spreche sich grundsätzlich für den Straßenbahnbetrieb von Seiten der Gemeindeverwaltungen aus. Oberbürgermeister Bender (Breslau) erklärt, er könne dem Vorredner nur beipflichten. Ganz besonders in Berlin seien die Verhältnisse solche, die den städtischen Betrieb der Straßenbahnen notwendig machen. Oberbürgermeister Becker (Köln) sprach sich ebenfalls für den städtischen Betrieb aus, hatte aber Bedenken, ob sich dies auf Grund des bestehenden Rechts werde ausführen lassen. Bei dieser allgemeinen grundsätzlichen Uebereinstimmung der Ansichten dürfte die Ueberleitung aller Straßenbahnbetriebe in die kommunale Verwaltung wohl nur noch eine Frage der Zeit sein.

— Die ultramontane Kölner „Volkszeitung“ veröffentlicht unter der Rubrik „Ungeschminktes aus China“ einen Bericht, welcher besagt, daß hoffentlich dieser unselige Zustand bald ein Ende hat. Die Rohheit auch unter unseren Soldaten nimmt erschreckend zu. In großer Zahl werden Soldaten zu langjährigem Zuchthaus oder Gefängnis wegen Mordes, Rothzucht und Einbruchs verurtheilt. Wie verlieren mehr an's Zuchthaus, als an Todten; Krankheiten sind gleichfalls sehr häufig, sehr viel Typhusfälle sind vorgekommen, die Ruhr nimmt ab. — Eine großartige Kundgebung für die Buren sah dieser Tage das Wuppertal. In der Varmer Stadthalle sprach vor einer unzählbaren Volksmenge ein Neffe von Christian De Wet, der in englische Gefangenschaft gerathen war, aber dann Gelegenheit zur Flucht

hatte. Er schildert in schlichter Sprache die Gräuelt, welche sich die Engländer haben zu Schulden kommen lassen. Mit Rufen der Verachtung und lebhafter Entrüstung lauschte die Versammlung den Ausführungen des Redners. An Präsident Krüger wurde ein Sympathie-telegramm gesandt. Reichstanzler Graf Bülow erhielt folgendes Telegramm: „Tausende von Wuppertalern Bürgern, in der Varmer Stadthalle versammelt, sprechen ihre tiefste Entrüstung aus über die unmenschliche Kriegsführung Englands in Südafrika und hoffen zuversichtlich, daß die europäischen Großmächte im Interesse der Menschlichkeit Mittel und Wege finden werden zur Beendigung des gräßlichen Krieges.“ Da Tausende wieder umkehren mußten, soll eine zweite Volksversammlung abgehalten werden.

— Bei Besprechung der Erklärung des Grafen Bülow über die Erhöhung der Getreidezölle sagt die „Nowoje Wremja“: Angesichts der immer mehr hervortretenden Bereitwilligkeit der preussischen Regierung, für eine Erhöhung der Getreidezölle einzutreten, sollten Rußland und die Vereinigten Staaten, anstatt einander Konkurrenz zu machen, sich über die Versorgung der europäischen Märkte mit Getreide verständigen. In Amerika sollte man doch bemerken, daß auch dem Sternbanner der Republik von Deutschland Gefahr drohe. Charakteristisch sei es, daß einer der Hauptführer der Agrarier, Graf Kanitz, für das Ausland noch Compensationen auf Kosten Amerikas suche. Die Gemeinsamkeit der Interessen Rußlands und Amerikas in der Getreidefrage sei so offenbar, daß nur das übermäßige Selbstvertrauen der transatlantischen Freunde, der Concurrenten Rußlands auf den europäischen Getreidemärkten, sie verblenden und an einer richtigen Abschätzung der Lage hindern könne, die deutlich für den Vorzug einer Verständigung und das Anwohnhafte einer Konkurrenz spreche. Die Konkurrenz der Hauptlieferanten von Getreide für den Weltmarkt sei wohl die am schwersten wiegende Ursache für die auf den ersten Blick unerklärliche Erscheinung, daß in den Industrieländern, die nicht ganz eigenes Getreide produciren, die Getreidezölle nicht nur bestehen bleiben, sondern auch eine beständige Neigung zum Steigen offenbaren. Die „Nowoje Wremja“ macht sich schließlich die Ansicht der einflussreichsten Zeitung des russischen Südens „Kiewljanin“ zu eigen, daß es in Folge der agrarischen Agitation in Deutschland zwischen Rußland und Deutschland nicht ohne einen Zollkrieg abgehen dürfte, so zerrütend er auch sein würde. Diese Drohung mit einem Zollkrieg ist wohl nicht recht ernst zu nehmen. Bis die Herren des Ostens und Westens erst eingesehen haben, daß die deutsche Regierung nicht dazu da ist, für russische und amerikanische Getreidehändler zu sorgen, sondern daß sie in erster Linie Pflichten gegen das deutsche Volk hat, wird allerdings wohl noch einige Zeit vergehen.

— Nach einer Meldung der „Frankf. Ztg.“ erging an den Fabrikanten Wilhelm Raßbach in Magdeburg im Dezember vorigen Jahres von einem Herrn S. in Berlin die Anfrage, ob er nicht Commerzienrath werden wolle. Herr R. ging zum Scheine auf die Sache ein. Es stellte sich nun heraus, daß ein angeblicher pensionirter Offizier gegen eine Entschädigung von 50 000 Mark durch einen Verwandten die Verleihung des Titels seitens des Ministeriums durchzusetzen erbötig war. Herr R. übergab schließlich den gesammelten Briefwechsel der Criminalpolizei, die wohl feststellen wird, daß er es mit einer Schwindlergesellschaft zu thun gehabt hat, wenn nicht etwa der „Frankf. Ztg.“ mit der ganzen Geschichte etwas aufgebunden worden ist.

Kassel, 30. Januar. Auf Ersuchen der Behörden wurde eine Abtheilung des hiesigen Fusarenregiments Nachts alarmirt, um nach Niedermöllrich